

Sonderdruck aus:

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Felix Büchel und Johannes Schwarze

Die Migration von Ost- nach Westdeutschland –
Absicht und Realisierung

27. Jg./1994

1

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunktheft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

Hinweise für Autorinnen und Autoren

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D.
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104
zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf. Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: ursula.wagner@iab.de).

Herausgeber

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)
Dr. Friedrich Buttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

Begründer und frühere Mitherausgeber

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin, Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stingl

Redaktion

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB), 90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: ulrike.kress@iab.de: (09 11) 1 79 30 16, E-Mail: gerd.peters@iab.de: (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: ursula.wagner@iab.de: Telefax (09 11) 1 79 59 99.

Rechte

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

Herstellung

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

Verlag

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0; Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: waltraud.metzger@kohlhammer.de, Postscheckkonto Stuttgart 163 30. Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309. ISSN 0340-3254

Bezugsbedingungen

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten: Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

Zitierweise:

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

Internet: <http://www.iab.de>

Die Migration von Ost- nach Westdeutschland – Absicht und Realisierung

Ein sequentielles Probitmodell mit Kontrolle unbeobachteter Heterogenität

Felix Büchel und Johannes Schwarze, Berlin *

Die Studie untersucht Migrationen von Ost- nach Westdeutschland. Mit einem sequentiellen Entscheidungsmodell wird zum einen geprüft, welche Personen die Absicht äußern, von Ost- nach Westdeutschland umziehen zu wollen. Simultan und unter Kontrolle unbeobachteter Heterogenität wird sodann ermittelt, welche umzugswilligen Personen ihre Absicht später tatsächlich umsetzen. Die Arbeit basiert auf Daten des Sozioökonomischen Panels der Jahre 1990 bis 1993.

Mehr als ein Drittel der im Jahre 1991 befragten Ostdeutschen konnte sich einen Umzug nach Westdeutschland vorstellen. Von den umzugswilligen Personen realisierten im darauffolgenden Zwei-Jahres-Zeitraum rund 5% einen Umzug. Umzüge ohne vorhergehende Absichtserklärung sind praktisch nicht zu beobachten.

Umzugsabsichten werden überdurchschnittlich oft von Männern, Hochqualifizierten, Auszubildenden, Personen mit einem hohen Pro-Kopf-Haushaltseinkommen und Pendlern geäußert. Das gleiche gilt für Personen, die sich ungerecht entlohnt sehen, Verwandte im Westen haben, in Städten mittlerer Größe wohnen oder unzufrieden mit den regionalen Umweltbedingungen sind. Eine Umzugsabsicht wird seltener geäußert von älteren Personen, Beschäftigten im öffentlichen Dienst oder in einem neu gegründeten Betrieb, mit einem Partner und/oder mit Kleinkindern zusammenlebenden Personen sowie Wohnungseigentümern.

Eine einmal geäußerte Absichtserklärung, eventuell nach Westdeutschland umziehen zu wollen, realisieren überdurchschnittlich oft gut qualifizierte, Kurzarbeiter und Personen, die sich von Arbeitslosigkeit bedroht fühlen, sowie Personen mit Verwandten in Westdeutschland. Eine sehr hohe Realisierungsquote haben zudem Pendler. Auf eine Umsetzung der Umzugsabsicht verzichten überdurchschnittlich oft Personen, die sich in Fortbildung befinden, Beschäftigte in neu gegründeten Betrieben, Personen mit einem erwerbstätigen Partner sowie Personen, die in Dörfern oder Kleinstädten wohnen.

Gliederung

- 1 Einleitung
 - 2 Die Modellierung des Migrationsprozesses als sequentielles Entscheidungsproblem
 - 3 Empirische Untersuchung
 - 4 Ergebnisse
 - 4.1 Determinanten der Migrationsabsicht
 - 4.2 Determinanten der Absichtsrealisierung
 - 5 Schlußfolgerungen
- Anhang: Dokumentation der Modellvariablen
- Literatur

I Einleitung

Nach dem Fall der Mauer wurde mit einem starken Anstieg der Wanderungen von Ost- nach Westdeutschland gerechnet. In der Tat zogen allein im vierten Quartal 1989 fast 270 000 Personen aus der DDR nach Westdeutschland¹. Die Ost-West-Wanderung erreichte jedoch mit 395 000 Personen bereits 1990 ihren Höhepunkt; sie ist seitdem stark zurückgegangen. Im Jahr 1993 zogen nur noch etwa 180 000 Personen von Ost- nach Westdeutschland. Die Abwanderungsquote von 1,2% liegt damit im Rahmen anderer innerdeutscher Wanderungs-

bewegungen. So wanderten beispielsweise aus Nordrhein-Westfalen 1991 0,7% der Wohnbevölkerung in andere Bundesländer ab, aus Niedersachsen sogar 1,9% (vgl. Schwarze/Büchel 1994). Allerdings ist zu bedenken, daß die gleichzeitige Zuwanderung in diese Bundesländer wesentlich höher war als der Zuzug in die ostdeutschen Länder. Doch auch diesbezüglich scheint sich das ost-westdeutsche Migrationsverhalten den bekannten westdeutschen Mustern anzugleichen. Nach Schätzungen des Statistischen Bundesamtes standen 1993 180 000 Ost-West-Umzügen bereits 135 000 Umzüge von West- nach Ostdeutschland gegenüber.

Ist die Ost-West-Wanderung deshalb in Zukunft als ein „normales“ innerdeutsches Migrationsverhalten zu betrachten? Einiges spricht sicherlich dafür. Es gibt jedoch auch gute Gründe, die Wanderungen von Ost- nach Westdeutschland weiterhin gesondert zu untersuchen. Nach wie vor bestehen zwischen den alten und den neuen Bundesländern bedeutende Unterschiede in den Lebensbedingungen und in der Qualifikationsstruktur der Erwerbsbevölkerung. Die Unterschiede in den Lohneinkommen, die in der ost-westdeutschen Migrationsforschung eine entscheidende Rolle spielen (vgl. z. B. Burda 1993), bestehen nicht nur im Niveau, sondern hängen auch von der Qualifikation ab. So ist die relative Lohndifferenz zwischen einem ost- und einem westdeutschem Facharbeiter geringer als jene von Beschäftigten mit einer Hochschulbildung. Dies hängt damit zusammen, daß die Lohnstruktur in Ostdeutschland noch immer stärker nivelliert ist als die Struktur in Westdeutschland (vgl. Schwarze 1993). Dieses strukturelle Einkommensgefälle könnte über ein entsprechendes Migrationsverhalten zu einem systematischen Verlust an gut qualifizierten Arbeitskräften führen, was zumindest aus arbeitsmarktpolitischer Sicht bedenklich wäre (vgl. Dietz/Gommlich/Karr 1992 oder Bosch/Knuth 1993). Hallett/Ma (1993) sprechen in diesem Zusammenhang gar bereits von einem „Mezzogiorno-Effekt“.

* Dr. rer. pol. Felix Büchel ist wiss. Angestellter am Institut für Volkswirtschaftslehre der Technischen Universität Berlin. Dr. rer. oec. Johannes Schwarze ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Projektgruppe „Das Sozio-ökonomische Panel“ am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin. Zur Zeit hält er sich zu Forschungszwecken an der Syracuse University, NY, USA, auf. Der Beitrag liegt in der alleinigen Verantwortung der Autoren.

Tabelle 1: Absichtserklärung im Jahre 1991 und Realisierung eines Umzuges zwischen Befragungen 1991 und 1993 von Ost- nach Westdeutschland

	Kein Umzug	Umzug	Total	Fallzahlen
Keine Umzugsabsicht	99,6%	0,4%	100%	2.537 (63,9%)
Umzugsabsicht	95,0%	5,0%	100%	1.435 (36,1%)
Fallzahlen	3.892 (98,0%)	80 (2,0%)		3.972 (100%)

Quelle: Eigene Auswertung des Sozio-ökonomischen Panels, ostdeutsche Population, Jahre 1990–1993.

Ein weiteres Motiv, sich mit den ost-westdeutschen Wanderungen zu befassen, sind Befragungen zur Umzugsbereitschaft von Ostdeutschen. Die Befragungsergebnisse zeigen, daß die generelle Bereitschaft der Ostdeutschen, nach Westdeutschland umzuziehen, nach wie vor sehr groß ist (vgl. zu diesen Ergebnissen des Sozio-Oekonomischen Panels (SOEP) Schwarze/Büchel 1994). Im Frühjahr 1991 konnte sich rund ein Drittel der ostdeutschen Bevölkerung vorstellen, nach Westdeutschland umzuziehen. Bis zum Frühjahr 1993 ist diese hohe tendenzielle Umzugsbereitschaft der Ostdeutschen nur leicht auf etwa 28% zurückgegangen. Das Wanderungspotential umfaßt also noch immer mehr als ein Viertel der ostdeutschen Bevölkerung.

Da zur tatsächlichen Migration bislang nur wenig aussagefähiges Datenmaterial vorlag, wurden in Analysen zur Ost-West-Migration häufig Befragungsergebnisse zur Migrationsabsicht genutzt (vgl. Scheremet/Schupp 1991, Schwarze/Wagner 1992, Wagner 1992, Burda 1993). Die aus diesen Arbeiten gewonnenen Ergebnisse sind jedoch nur dann geeignet, leistungsfähige Migrationsprognosen zu ermöglichen, wenn das reale Umzugsverhalten tatsächlich mit einer zuvor geäußerten Umzugsabsicht zusammenhängt. Es ist entsprechend zu klären, welche Zusammenhänge zwischen der Bildung einer Migrationsabsicht und der tatsächlichen Migration bestehen. Darüber hinaus ist zu untersuchen, welche Personengruppen denn eine Umzugsabsicht tatsächlich in die Realität umsetzen, und welche nicht.

Mittlerweile können mit dem SOEP für die ostdeutsche Bevölkerung sowohl die Migrationsabsicht als auch deren Realisierung analysiert werden. In diesem Beitrag wird dazu ein sequentielles Entscheidungsmodell verwendet, in dem die beiden interessierenden Entscheidungsstufen, nämlich die Bildung einer Migrationsabsicht und die spätere eventuelle Realisierung dieser Absicht als zeitlich nacheinander gelagerte Prozesse verstanden werden. Beide Entscheidungsprozesse werden mit dem SOEP für dieselben Personen beobachtet. Das mikroökonomische Schätzmodell kann deshalb so formuliert werden, daß nicht nur der Einfluß beobachtbarer Determinanten geprüft wird, sondern auch die auf unbeobachtbare Heterogenität der Untersuchungspersonen zurückzuführenden Einflußfaktoren identifiziert werden können.

2 Die Modellierung des Migrationsprozesses als sequentielles Entscheidungsproblem

Zur Frage nach migrationsauslösenden Faktoren existiert eine umfassende Literatur (vgl. für einen Überblick z. B. Straubhaar 1988, Delbrück/Raffelhüschchen 1993). Mikroökonomische Erklärungsansätze stellen den expliziten Vergleich des Nutzens, am angestammten Wohnort zu verbleiben (U_n) und den Nutzen, der im Falle einer Migration entsteht (U_m), in den Mittelpunkt der Überlegungen. Migriert wird, wenn $U_m > U_n$.

Stehen Mikrodaten zur Verfügung, so kann dieser mikroökonomische Ansatz auf der Basis des Zufallsnutzenkonzepts (vgl. dazu Amemiya 1981) ökonometrisch modelliert werden. Aus dem Nutzenvergleich, den jedes Individuum anstellt, ergibt sich die Migrationsneigung Y^* , die der Wahrscheinlichkeit entspricht, daß $U_m > U_n$ ist.

Unter den Einflußfaktoren, die die Herausbildung einer Migrationsabsicht bzw. das tatsächliche Migrationsverhalten von Ost- nach Westdeutschland beeinflussen, kommt den unterschiedlichen ökonomischen Lebensbedingungen sicherlich eine herausragende Rolle zu. Die bisherige Literatur zu diesem Thema stellt dabei insbesondere den Unterschied der erzielbaren Lohnneinkommen heraus (vgl. z. B. Burda 1993 oder Wagner 1992). Andere Merkmale, von denen erwartet wird, daß sie das Migrationsverhalten beeinflussen, werden weitgehend aus der Literatur zu diesem Thema abgeleitet (vgl. dazu Abschnitt 3).

In diesem Beitrag steht die Entwicklung einer eventuellen Migrationsentscheidung von der Absichtsbildung bis hin zur tatsächlichen Migration im Mittelpunkt. Dabei wird zum einen eine strukturelle Gemeinsamkeit der Determinanten von Umzugsabsicht und Umzugsrealisierung unterstellt¹. Zum anderen wird angenommen, daß die Herausbildung einer Migrationsabsicht einer tatsächlichen – durch einen beobachtbaren Umzug belegten – Umzugsentscheidung zeitlich vorangeht. Daß ein solcher Zusammenhang zwischen Umzugsabsicht und Umzugsrealisierung empirisch gegeben ist, zeigt Tabelle 1. Darin wird die von den im SOEP befragten Personen geäußerte Absicht, eventuell nach Westdeutschland umziehen zu wollen, dem später tatsächlich beobachtbaren Migrationsverhalten gegenübergestellt.

Von den im Jahr 1991 insgesamt 3 972 befragten Personen äußerten 1 435 oder 36,1% eine Umzugsabsicht (zur Operationalisierung vgl. Abschnitt 3). Von den 2537 Personen

¹ Im folgenden kurz für: Westdeutschland und den westlichen Teil Berlins.

² Dieses Vorgehen erleichtert gleichzeitig die Vergleichbarkeit der Ergebnisse beider Modellstufen.

ohne Umzugsabsicht realisierten in den zwei folgenden Jahren nur 9 einen „spontanen“ Umzug. Dies entspricht einem verhältnismäßig geringen Anteil von 0,4%. Eine deutlich andere Relation zwischen Umzugsabsicht und späterer Realisierung ergibt sich für die 1 435 tendenziell umzugswilligen Personen, von denen immerhin 5,0% ihre Absicht in den folgenden zwei Jahren in die Tat umsetzten. Es besteht somit ein deutlicher Zusammenhang zwischen der geäußerten Umzugsabsicht und der späteren Realisierung; das für diese Untersuchung gewählte sequentielle Modell scheint damit angemessen.

Die gemeinsame Analyse von Absicht und Realisierung ermöglicht es darüber hinaus, neben den beobachtbaren auch nicht beobachtbare Einflußfaktoren zu identifizieren. Das wird in dem nun zu spezifizierenden Modell deutlich.

Wenn man davon ausgeht, daß das mikroökonomische Nutzenkalkül nicht nur für die Erklärung der tatsächlichen Umzüge, sondern auch zur Erklärung der Absichtsaussäuerung herangezogen werden kann, so kann ein zweistufiges Schwellenwertmodell formuliert werden.

Die Migrationsneigung Y^* ist nicht direkt beobachtbar. Deshalb werden Indikatorvariablen Y_t ($t = 1, 2$) verwendet. Y_1 bezeichnet die beobachtete Umzugsabsicht, Y_2 das beobachtete Umzugsverhalten. Der Index t für die Zeit kann verwendet werden, weil die „Absichtserklärung“ der tatsächlichen Migrationsentscheidung zeitlich vorgelagert ist. Sowohl die „Absicht“ als auch deren „Realisierung“ ist mit den in dieser Untersuchung verwendeten Daten für dieselben Personen ermittelt worden. Dies ermöglicht es, die Migrationsentscheidung als Panelmodell zu schätzen.

Stufe 1 ist die Migrationsabsicht Y_1 in $t=1$:

0: keine Migrationsabsicht in $t=1$

(1) $Y_1 \{$

1: Migrationsabsicht in $t=1$

Auf der zweiten Stufe wird die Migrationsentscheidung Y_2 für diejenigen Personen formuliert, die in $t=1$ eine Migrationsabsicht geäußert hatten:

0: keine Migration in $t=2$

(2) $Y_2 \{$

$| Y_1 = 1$

1: Migration in $t=2$

Die Wahrscheinlichkeit, daß jemand eine Umzugsabsicht äußert, ist:

$$(3) P(Y_1=1) = P(Y^*_1 > 0)$$

Die Wahrscheinlichkeit, daß jemand, der zuvor eine Umzugsabsicht geäußert hatte, später tatsächlich umzieht, ist:

$$(4) P(Y_2=1 | Y_1=1) = P(Y^*_2 > 0)$$

Die Neigungen Y^*_t als Ergebnis des oben beschriebenen Nutzenvergleichs werden wie folgt parametrisiert:

$$(5) Y^*_t = X_t \beta_t + u_t; t = 1, 2$$

mit X_t als Vektor mit beobachtbaren Größen, die die Nutzendifferenz „Migration / keine Migration“ bestimmen, β als für beide Zeitpunkte zu schätzende Koeffizientenvektoren, und u_t als Meßfehler.

Der Vektor β_t könnte grundsätzlich über zwei separate sequentielle Schätzungen ermittelt werden. Allerdings bietet die gemeinsame Schätzung wesentliche Vorteile. Die Schätzung der

Parameter und Varianzen ist effizienter, da die Panelinformation genutzt wird. Da für fast alle Personen zwei Beobachtungen vorliegen, kann unbeobachtete Heterogenität in Form von unbeobachteten Einflußfaktoren, die zwischen den Personen variieren, jedoch über die Zeit konstant bleiben, identifiziert werden. Dazu wird der Meßfehler u_t aufgespalten in einen für die Personen konstanten Term α und eine stochastische Komponente e_t : $u_t = \alpha + e_t$ (vgl. zu diesem Modell ausführlich Helberger/Rendtel/Schwarze 1994 und die dort angegebene Literatur).

$$(6) Y^*_t = X_t \beta_t + \alpha + e_t; t = 1, 2.$$

α und e_t werden als unabhängig von den Kovariaten X_t angenommen. Dieses Modell läßt sich analog dem Varianzkomponentenmodell im metrischen Fall interpretieren (vgl. z. B. Hsiao 1986).

Wird für α und e_t eine Normalverteilung angenommen, so ergibt sich für (3) und (4):

$$(7) P(Y_1 = 0 | X_1) = \int \Phi \left[- \left(X_1' \frac{\beta_1}{\sigma_1} + \frac{\alpha}{\sigma_1} \right) \right] f(\alpha) d\alpha$$

und

(8)

$$P(Y_1 = 1 | X_1) P(Y_2 = y_2 | X_2, Y_1 = 1) =$$

$$\int \Phi \left[X_1' \frac{\beta_1}{\sigma_1} + \frac{\alpha}{\sigma_1} \right] \Phi \left[(2y_2 - 1) \left(X_2' \frac{\beta_2}{\sigma_2} + \frac{\alpha}{\sigma_2} \right) \right] f(\alpha) d\alpha$$

$$\sigma_t (t = 1, 2)$$

$$\sigma_t = 1 (t = 1, 2)$$

Zwecks Identifizierung wird σ_t , die Standardabweichung von e_t , gleich 1 gesetzt. σ_t , die Standardabweichung der unbeobachteten Heterogenität, kann dann aus den Daten geschätzt werden. Als Likelihood-Funktion für dieses Modell ergibt sich so dann:

$$(9) \tilde{L} = \int \prod_{t=1,2} \Phi[(2Y_t - 1)(X_t' \beta_t + \alpha)] f(\alpha) d\alpha$$

3 Empirische Untersuchung

Die Untersuchung basiert auf Daten des Sozio-Oekonomischen Panels (SOEP). Diese Datenbasis enthält für die Bundesrepublik repräsentative Längsschnittinformationen auf Haushalts- und Personenebene. Die erste Erhebung fand im Jahre 1984 statt. Seit 1990 werden zusätzlich Daten aus ostdeutschen Haushalten erhoben. In der ersten Welle (Ost) wurden rund 2 200 Haushalte mit über 4 400 Personen im Alter von 16 Jahren und älter befragt. Diese Ausgangspopulation wird – wie die westdeutsche Panelpopulation – in jährlichen Abständen wiederbefragt (zu Einzelheiten vgl. Schupp/Wagner 1991). In der vorliegenden Untersuchung werden die ersten vier Wellen (Befragungsjahre 1990 bis 1993) des SOEP für die neuen Bundesländer ausgewertet.

Die Untersuchung des Migrationsverhaltens erfolgt nicht auf Haushalts-, sondern auf Personenebene. Motiviert wird diese Vorgehensweise durch die forschungsleitende Hypothese, daß Migrationsentscheidungen – obwohl in aller Regel in ihrer Konsequenz mehrere oder gar sämtliche Familien- bzw. Haushaltsmitglieder betreffend – letztlich immer auf individuellen Entscheidungen basieren (vgl. Delbrück/Raffelhüsch 1993). Allerdings ist evident, daß in diesem individuellen Entscheidungskalkül die Haushaltssituation eine wesentliche Rolle spielt. Informationen zum Haushalts-

Zusammenhang wie Familienstand, Berufstätigkeit des Partners, Kinderzahl, Haushaltseinkommen u. a. gehen deshalb ergänzend zu den individuellen Merkmalen in die Analyse ein (vgl. ausführlich unten).

Als Stichzeitpunkt für die Erhebung der Umzugsabsicht (Y_1) wird der Befragungszeitpunkt 1991 bestimmt. Die vier vorgegebenen Ausprägungen der Frage „Könnten Sie sich (. . .) vorstellen, in den westlichen Teil Deutschlands, also die alte Bundesrepublik Deutschland oder Westberlin, umzuziehen?“³ werden in einer binären Variable zusammengefaßt. Als positive Umzugsabsicht ($Y_1=1$) werden die „Ja“-Antworten gewertet („Ja, gerne“ oder „ja, unter Umständen“)⁴, als Verbleibsabsicht ($Y_1=0$) die Antworten „eher nein“ oder „auf keinen Fall“.

Für alle Untersuchungspersonen wird sodann geprüft, ob zwischen der Befragung des Jahres 1991 und dem Erhebungszeitpunkt des Jahres 1993 ein Umzug von Ost- nach Westdeutschland realisiert wurde oder nicht. Diese Information ist auch für diejenigen Personen verfügbar, die nach einem Umzug in den Westen kein Interview mehr gewährt haben. Wurde im Zeitraum 1991 bis 1993 ein Umzug realisiert, dann erhält Y_2 den Wert = 1, ansonsten den Wert = 0.

Die Auswahl der Einflußfaktoren des Migrationsverhaltens berücksichtigt die vorliegenden theoretischen und empirischen Erkenntnisse der Migrationsforschung, wobei die besondere ost-westdeutsche Situation zu berücksichtigen ist (vgl. dazu insbesondere Burda 1993 und Schwarze/Wagner 1992).

Als persönliche, weitgehend unveränderliche Merkmale werden das Geschlecht, das Alter und der Gesundheitszustand der Befragten in das Modell aufgenommen (zur genauen Operationalisierung aller Modellvariablen vgl. Fußnoten zu Tabelle 3 im Anhang).

In der öffentlichen Diskussion wurde lange Zeit davon ausgegangen, daß das Einkommensgefälle zwischen Ost und West zur Abwanderung insbesondere der qualifizierten Arbeitnehmer in den Westen beiträgt (vgl. hierzu z. B. die Simulationsstudie von Keil/Newell 1993). Die ex-post-Analysen von Burda (1993) und Schwarze/Wagner (1992) haben diese Vermutung nicht bestätigen können. Ausschlaggebend für die in diesen Studien getestete Umzugsabsicht war vielmehr die Arbeitsplatzsicherheit am ursprünglichen Wohnort. Gleichwohl wird dieser wichtige Aspekt auch in dieser Untersuchung berücksichtigt. Allerdings werden die individuellen ost-westdeutschen Lohndifferentiale nicht direkt berechnet, sondern durch das Humankapital der Individuen approximiert. Dahinter steht die Überlegung, daß aufgrund der geringeren ostdeutschen Lohnspreizung Personen mit einem hohen Ausbildungsniveau durch einen Umzug nach Westdeutschland einen relativ höheren Einkommenszuwachs realisieren können als geringer Qualifizierte (vgl. Bird/Schwarze/Wagner 1994). Das Humankapital der Untersuchungspersonen wird durch das Bildungsniveau (institutionell vorgesehene Jahre der Schul- und Berufsausbildung; vgl. hierzu Schwarze 1993) approximiert. Die ob-

jektive Erfassung des Humankapitals wird ergänzt durch einen subjektiven Indikator, der die Einschätzung der Relation der geleisteten Arbeit zum erhaltenen Lohn innerhalb des ostdeutschen Lohngefüges beinhaltet.

Ein weiterer entscheidender Einflußfaktor für Umzugsabsicht und -realisierung ist die aktuelle allgemeine und individuelle Arbeitsmarktsituation sowie deren erwartete Entwicklung. Der aktuelle Erwerbsstatus wird durch die Merkmale Vollzeitbeschäftigung, Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit oder Ausbildung erfaßt; Referenzgruppe sind die sonstigen nicht erwerbstätigen Personen. Die Stabilität des eigenen Beschäftigungsverhältnisses wird zudem durch die subjektive Einschätzung der Arbeitsplatzsicherheit als Indikator für drohende Arbeitslosigkeit erfaßt. In der spezifischen ostdeutschen Situation kommt darüber hinaus der beruflichen Umschulung und Fortbildung eine besondere Bedeutung zu. Durch solche Maßnahmen kann berufliches Humankapital erworben werden, welches auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt konkurrenzfähig ist.

Als migrationshemmend dürften sich Faktoren erweisen, die eine starke Bindung an den Arbeitsplatz in Ostdeutschland signalisieren. Eine solche Bindung ist mit längerer Betriebszugehörigkeitsdauer, einer Beschäftigung im öffentlichen Dienst oder einer Tätigkeit in einem neu gegründeten Betrieb mit entsprechend günstigen Zukunftsperspektiven zu erwarten.

Ein mittlerweile fester Bestandteil des deutschen Arbeitsmarktes sind die Ost-West-Pendler. Die Zahl dieser Pendler ist von 84 000 im Jahre 1990 auf 422 000 im Jahre 1992 stark angestiegen (vgl. Autorengemeinschaft 1992). Die Meinungen darüber, wie sich Pendeln auf das Migrationsverhalten auswirkt, gehen stark auseinander. Sowohl für einen migrationshemmenden als auch -fördernden Einfluß des Pendeins gibt es gute Begründungen. Für die Umzugsabsicht hat Burda (1993) allerdings festgestellt, daß Westpendler eine überdurchschnittlich starke Umzugsneigung äußern. Als Pendler werden im Modell diejenigen Personen betrachtet, die in Ostdeutschland wohnen, jedoch in Westdeutschland arbeiten⁵.

Das familiäre und soziale Umfeld sowie die Haushaltssituation wird durch die Frage nach einem im gleichen Haushalt wohnenden Partner, dessen Erwerbsstatus sowie der Frage nach Kindern – differenziert nach Altersgruppen – nachgebildet. Darüber hinaus wird das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen des Haushaltes in das Modell aufgenommen. Von Bedeutung für Migrationsentscheidungen ist zudem, ob Wohnungs- oder Hauseigentum vorhanden ist. Die Merkmale des familiären und sozialen Umfelds werden zusätzlich ergänzt durch Informationen darüber, ob jemand Freunde oder Verwandte in Westdeutschland hat. Bereits vorhandene soziale Kontakte am Zielort dürften von erheblichen Einfluß auf das Migrationsverhalten sein.

Die Lebensbedingungen am Wohnort, von denen wichtige „push“-Impulse ausgehen dürften, werden schließlich durch die Größe des Wohnortes sowie die Zufriedenheit mit dem regionalen Umweltzustand abgebildet.

Alle Einflußfaktoren werden für das Modell der Migrationsabsicht auf der Basis der zweiten Welle der SOEP-Erhebung von 1991 ermittelt. Für das Modell der Migrationsrealisierung werden grundsätzlich die Befragungsergebnisse der dritten Welle von 1992 genutzt. Eine Ausnahme bilden die Personen, die schon im Zeitraum 1991 bis Anfang 1992 nach Westdeutschland umgezogen sind. Als Entscheidungs-

³ Die Frage wurde nur gestellt, falls die vorhergehende Filterfrage „Könnten Sie sich vorstellen, von hier wegzuziehen, z. B. aus familiären oder beruflichen Gründen?“ nicht mit „nein, ausgeschlossen, kaum denkbar“ beantwortet wurde.

⁴ Eine ordinale Differenzierung der „Ja“-Ausprägungen scheitert an der geringen Besetzung der „Sehr gerne“-Kategorie (vgl. Abschnitt 1).

⁵ Eine separate Modellschätzung unter Ausschluß der Pendler kommt zu nahezu gleichen Ergebnissen wie den in Tab. 2 präsentierten (nicht dokumentiert).

Tabelle 2: Determinanten der Migrationsabsicht und der Absichtsrealisierung (Umzug von Ost- nach Westdeutschland; sequentielles Probitmodell mit Berücksichtigung unbeobachteter Heterogenität)

Kovariaten	Absicht		Realisierung	
	Koeff.	(t-Wert)	Koeff.	(t-Wert)
(Konstante)	0,036	(0,140)	-3,382	(-4,047)**
Männer	0,154	(2,462)*	-0,248	(-1,314)
Alter	-0,028	(-5,327)**	-0,014	(-1,225)
Älter als 55 Jahre	-0,402	(-3,057)**	-0,485	(-1,011)
Mit gesundheitlicher Einschränkung	-0,028	(-0,407)	-0,172	(-0,776)
Anzahl Schul-/Berufsbildungsjahre	0,082	(4,280)**	0,120	(2,927)**
Subjektiv ungerechte Entlohnung	0,205	(3,041)**	0,374	(2,140)*
Vollzeitbeschäftigt	-0,163	(-1,411)	-0,473	(-1,372)
In Kurzarbeit	-0,058	(-0,443)	0,907	(2,126)*
Arbeitslos	0,114	(0,935)	0,191	(0,586)
Von Arbeitslosigkeit bedroht	0,078	(1,065)	0,625	(2,696)**
In Ausbildung	0,394	(2,669)**	0,419	(1,084)
In Fortbildung	0,178	(0,995)	-0,943	(-2,205)*
Betriebszugehörigkeitsdauer (J.)	-0,005	(-1,576)	-0,014	(-1,170)
Im öffentlichen Dienst	-0,163	(-1,941)+	-0,124	(-0,555)
In neu gegründetem Betrieb	-0,274	(-1,665)+	-0,815	(-1,742)+
Pendler nach Westdeutschland	0,510	(2,364)*	1,563	(4,816)**
Mit Partner zusammenlebend	-0,254	(-2,649)**	0,077	(0,277)
Partner erwerbstätig	0,056	(0,724)	-0,595	(-2,249)*
Partner arbeitslos	0,149	(1,252)	-0,336	(-1,156)
Kinder unter 6 Jahre im Haushalt	-0,190	(-1,968)*	0,140	(0,592)
Ältere Kinder bis 16 J. im Haushalt	0,042	(0,575)	0,151	(0,855)
Verwandte in Westdeutschland	0,284	(3,621)**	0,425	(2,421)*
Freunde in Westdeutschland	0,067	(0,772)	0,346	(1,902)+
Haushaltseinkommen pro Kopf (DMx100)	0,021	(1,884)+	-0,022	(-0,871)
Wohnungseigentümer	-0,438	(-4,762)**	-0,091	(-0,408)
Dorf-, Kleinstadtbewohner	-0,481	(-4,131)**	-0,417	(-1,851)+
Großstadtbewohner	-0,234	(-2,409)*	0,038	(0,187)
Unzufrieden mit Umweltsituation	0,276	(3,731)**	0,162	(0,938)
N: 3921				
σ_α : 1,158 (t=6,417)**				
Log Likelihood: -1813,5				
Mittelwerte der abhängigen Variablen:		0,360		0,047

Abhängige Variablen:

Spalte 1: 1 = Absichtserklärung im Jahr 1991, „gerne“ oder „unter Umständen“ nach Westdeutschland umziehen zu wollen;

Spalte 2: 1 = Umzug nach Westdeutschland im darauffolgenden Zwei-Jahres-Zeitraum.

Signifikanzniveaus: ** (p < 0,01), * (p < 0,05), + (p < 0,10).

Quelle: Eigene Auswertung des Sozio-ökonomischen Panels, ostdeutsche Population, Jahre 1990 - 1993.

grundlage dieser Personen werden aus Kausalitätsüberlegungen heraus die Lebens Verhältnisse im Jahr 1991 unterstellt.

4 Ergebnisse

Die Ergebnisse des für Umzugsabsicht und Umzugsrealisierung gemeinsam geschätzten Modells sind in Tabelle 2 dargestellt. Die Ergebnisse bezüglich der beobachteten, in das Modell aufgenommenen Einflußfaktoren werden in den Abschnitten 4.1 und 4.2 diskutiert. Die gemeinsame Modellschätzung für Umzugsabsicht und Umzugsrealisierung liefert darüber hinaus eine Information über die nicht beobachteten Einflußfaktoren in Form der Varianz der unbeobachteten Heterogenität. Der hierfür geschätzte Parameter σ_α ist signifikant von Null verschieden und belegt damit erwartungsgemäß, daß unbeobachtete Einflußfaktoren den untersuchten Entscheidungsprozeß deutlich beeinflussen.

4.1 Determinanten der Migrationsabsicht

Die für die Migrationsabsicht ermittelten Teilergebnisse finden sich in der linken Spalte der Tabelle 2.

Alle in das Modell aufgenommenen persönlichen Merkmale haben einen signifikanten Einfluß auf die Bereitschaft, nach Westdeutschland umzuziehen. Männer äußern relativ zu Frauen überdurchschnittlich häufig eine Umzugsabsicht. Es ist zu vermuten, daß sich Männer eher als Frauen durch einen Umzug eine Verbesserung ihrer beruflichen Position erhoffen. Diese Interpretation wird gestützt durch frühere Untersuchungen, die bei ostdeutschen Männern eine stärkere Unzufriedenheit mit ihrem erzielten Einkommen beobachteten als bei Frauen (vgl. Büchel/Pannenberg 1992).

Mit zunehmendem Alter reduziert sich erwartungsgemäß der Wunsch nach einer regionalen Veränderung. Dieses Ergebnis ist nicht nur sozial mit einer im höheren Alter zunehmenden örtlichen Gebundenheit, sondern auch ökonomisch dadurch

zu erklären, daß sich die individuell verbleibende Zeitspanne verringert, in welcher der durch den Umzug erhöhte Nutzen „konsumiert“ werden kann. Dies läßt sich in besonderem Maße bei Personen beobachten, die aufgrund ihres Alters (älter als 55 Jahre) nicht mehr oder nur noch bedingt dem Erwerbspotential zuzurechnen sind. Bei älteren Personen ist eine Kumulation mehrerer mobilitätshemmender Effekte zu vermuten: Zum einen verfestigen sich im Zeitverlauf lokale soziale Kontakte, zum anderen reduzieren sich bzw. entfallen – bei Rentnern – monetäre Anreize, die in der Differenz der Ost-West-Arbeitseinkommen bestehen. Für ältere ostdeutsche Arbeitnehmer dürfte sich zudem eine Arbeitsplatzsuche in Westdeutschland nicht zuletzt aufgrund des veralteten Humankapitals als schwierig gestalten (vgl. für entsprechende Befunde bezüglich der ersten Übersiedlerwelle Blaschke 1990).

Mit zunehmendem Bildungsniveau verstärkt sich der Wunsch nach einem Umzug in den Westen deutlich. Hier dürfte die sich nur langsam abbauende überproportionale Lohndiskriminierung qualifizierter Arbeitskräfte im Entlohnungssystem der ehemaligen DDR wirksam werden. Bei der Interpretation dieses Ergebnisses ist jedoch zu berücksichtigen, daß mit zunehmendem Ausbildungsniveau generell eine höhere regionale Mobilität zu beobachten ist (vgl. für Westdeutschland Weißhuhn/Büchel 1992). Eine ausgesprochen starke Tendenz zu einer Umzugsabsicht haben zudem Personen, die sich bereits vor der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion gemessen an ihrer Arbeitsleistung ungerecht entlohnt fühlten. Hier zeigt sich die – begründete oder unbegründete – Hoffnung, in der weiterentwickelten Marktwirtschaft des Westens leistungsgerechter bezahlt zu werden.

Ein bemerkenswertes Ergebnis zeigt sich für den Einfluß des aktuellen Erwerbsstatus. Zwar sind Personen, die in der unsicheren wirtschaftlichen Situation noch in der Lage waren, eine Vollzeitstelle zu halten, erwartungsgemäß weniger stark gezwungen, sich mit Umzugsgedanken zu tragen als andere; der Effekt ist jedoch nicht signifikant. Kurzarbeiter und Arbeitslose tendieren nicht dazu, über einen Umzug nach Westdeutschland eine Statusverbesserung zu erzielen. Dieselbe Beobachtung ergibt sich für Personen, die zwar noch beschäftigt sind, die ihren Arbeitsplatz jedoch bereits als gefährdet einschätzen. Letzteres Ergebnis entspricht demjenigen von Böltken (1991), der allgemein und auch speziell für Ostdeutschland ermittelt, daß in der Regel nur geringe Neigung besteht, die (sichere) Wohnung aufzugeben, wenn der Arbeitsplatz gefährdet ist. Es ist zu vermuten, daß sich die gegenläufigen Tendenzen eines Veränderungswunsches und einer bereits resignativen Einschätzung der eigenen Arbeitsmarktposition überlagern.

Personen in Ausbildung planen überdurchschnittlich oft einen Umzug in den Westen – vermutlich zu einem Zeitpunkt nach Abschluß der Ausbildung. Diese Personengruppe sieht sich mit ihrem frisch erworbenen, westlichen Ansprüchen entsprechendem Humankapital in einer sehr guten Position am Arbeitsmarkt. Eine Fortbildung oder Umschulung übt dagegen keinen signifikanten Einfluß auf die Umzugsabsicht aus. Grund hierfür dürfte das sehr heterogene Fortbildungsangebot sowie die stark unterschiedliche berufliche Situation der Maßnahmeteilnehmer sein.

Mit zunehmender Betriebszugehörigkeitsdauer reduziert sich erwartungsgemäß die Neigung zu einem mit einem Umzug verbundenen beruflichen Neuanfang; das Ergebnis liegt allerdings knapp unter einem 10%-Signifikanzniveau. Ein gleichgerichteter Effekt ist für Beschäftigte im öffentlichen Dienst und in neu gegründeten Betrieben zu beobachten: Beide Arbeitsplatzmerkmale stehen für eine erhöhte Arbeitsplatzsicherheit und ein vergleichsweise hohes Erwerbseinkommen, die sich jeweils hemmend auf eine Veränderungsneigung auswirken.

Dagegen zeigt sich bei Personen, die zu einem Arbeitsplatz in Westdeutschland pendeln, überdurchschnittlich stark der Wunsch, durch einen Umzug eine Arbeitswegverkürzung zu realisieren. Dieses Ergebnis korrespondiert mit jenem von Scheremet/Schupp (1991), die unter Westpendlern im Vergleich zu Nicht-Pendlern anderthalb mal so viele Personen mit einer Umzugsabsicht ermittelten. Offensichtlich bereitet der Aufbau von Kontakten im Westen und das „Testen“ des Arbeitsmarktes in vielen Fällen einen späteren Umzug vor.

Bezüglich des Einflusses des sozialen/familiären bzw. des Haushaltszusammenhanges ergibt sich folgendes Bild. Personen, die mit einem Partner zusammenleben, zeigen sich erwartungsgemäß weniger geneigt, einen Umzug zu planen, als andere. Dieser Einfluß ist hochsignifikant. Die Umzugsabsicht wird offensichtlich gehemmt durch die Notwendigkeit, den Partner in den Entscheidungsprozeß einzubeziehen: Die sozialen, organisatorischen und monetären Transaktionskosten erhöhen sich. Demgegenüber spielt der Erwerbsstatus des Partners bei der Entwicklung einer Umzugsabsicht keine signifikante Rolle. Vermutlich beschränkt sich die Integrationsabsicht in der ersten Phase nach einem geplanten Umzug auf das Bemühen, zumindest für einen der beiden Partner eine Beschäftigung zu finden. Leben Kinder im Vorschulalter im Haushalt, so reduziert sich die Umzugsneigung. Hier könnte zum einen das für Ostdeutschland typische – nach wie vor bessere – Hort- und Kindergartenplatz-Angebot eine entscheidende Rolle spielen. Zum anderen sind Haushalte mit Kleinkindern generell immobilere als andere Haushalte (vgl. für Westdeutschland Frick 1993). Dagegen beeinflussen ältere Kinder im Haushalt die Umzugsbereitschaft nicht wesentlich. Dieser altersspezifische Unterschied könnte dadurch erklärt werden, daß für Kinder im schulpflichtigen Alter regional unabhängig Schulplätze garantiert werden.

Enge persönliche Kontakte zu Verwandten in Westdeutschland erhöhen die Neigung hochsignifikant, einen Umzug in den Westen zu erwägen. Verwandtschaftliche Beziehungen zeigen sich somit auch bei sehr langer räumlicher Getrenntheit als außerordentlich integrierend; es ist nicht auszuschließen, daß die langanhaltende erzwungene familiäre Trennung das Bedürfnis nach verwandtschaftlicher „Wiedervereinigung“ sogar verstärkt. Der entsprechende Einfluß für freundschaftliche Beziehungen nach Westdeutschland erweist sich dagegen sowohl in der Höhe als auch in der Stärke der Signifikanz als deutlich schwächer.

Mit höherem Pro-Kopf-Haushaltseinkommen steigt die Bereitschaft, einen Umzug zu erwägen. Dieses auch von Burda (1993) ermittelte Ergebnis⁶ könnte dahingehend interpretiert werden, daß bei einem höheren Haushaltseinkommen die Möglichkeiten zu höheren finanziellen Rücklagen gegeben sind, die den Problemdruck bei einem geplanten Umzug – beispielsweise bei der Wohnungssuche oder über eine Verlängerung der Job-Suchdauer – entscheidend abschwächen können.

⁶ Burda wählte allerdings die Operationalisierung über das Gesamt-Haushaltseinkommen.

Die untersuchten Regional-Indikatoren des alten Wohnortes wirken signifikant auf die Umzugsabsicht. Personen, die in einer dörflichen Umgebung oder in einer Kleinstadt wohnen, zeigen sich deutlich weniger zu einem Umzug geneigt als Personen in einer mittelgroßen Stadt. Hier dürften die typisch engen sozialen Bindungen dieser Wohnortsgrößen hemmend auf eine Umzugsabsicht wirken. Eine etwas schwächere, aber noch immer signifikant starke Bindung an ihren Wohnort zeigen ebenso Bewohner von Großstädten. Hier zeigt sich die traditionelle Anziehungskraft von Ballungszentren, die die Hoffnung auf günstigere Arbeitschancen wecken. Ein ebenfalls starker Einfluß auf eine Umzugsabsicht geht von der subjektiven Einschätzung der ökologischen Situation am alten Wohnort aus. Wird die regionale Umweltsituation als belastend empfunden, so steigt die Bereitschaft, einen Umzug zu erwägen, deutlich an. Ein Umzug wird somit nicht nur aus beruflichen oder verwandtschaftlichen Erwägungen erwogen, sondern auch aus ökologischen Motiven – ein Phänomen, welches schon zu DDR-Zeiten beobachtet werden konnte (vgl. Koller/Jung-Hammon 1993).

4.2 Determinanten der Absichtsrealisierung

In der zweiten Modellstufe wird analysiert, welche Personen eine zuvor geäußerte Umzugsabsicht nach Westdeutschland in der Folge tatsächlich realisieren, und welche nicht. Die Ergebnisse sind in der rechten Spalte von Tabelle 2 dargestellt.

Während in der ersten Modellstufe für Männer eine stärkere Umzugsabsicht als für Frauen ermittelt wurde, bleibt in der zweiten Modellstufe das Geschlecht ohne signifikanten Einfluß auf das tatsächliche Umzugsverhalten. Dieses Ergebnis kann damit erklärt werden, daß es einer beachtlichen Zahl von familiär gebundenen umzugswilligen Männern nicht gelingt, ihre Partnerin für die Umsetzung der Migrationsabsicht zu gewinnen.

Der nicht mehr signifikante Alterseffekt könnte ein Ergebnis der sequentiellen Modellierung sein, indem schon auf der ersten Modellstufe migrationsunwillige ältere Personen weitestgehend „herausgefiltert“ wurden. Ältere Befragungspersonen mit einer altersspezifisch eher untypischen Migrationsabsicht realisieren ihre Absicht in gleichem Maße wie jüngere Umzugswillige.

Eine überdurchschnittlich hohe Realisierungsquote zeigt sich bei besser qualifizierten Personen. Diese sind somit nicht nur umzugswilliger, sondern auch zielstrebig bei der Umsetzung dieser Absicht als geringer Qualifizierte. Dieses Ergebnis dürfte auf die besseren Arbeitsmarktchancen für gut ausgebildete Erwerbspersonen zurückzuführen sein und bestätigt die Vermutungen, daß insbesondere die gut Ausgebildeten Ostdeutschland verlassen. Eine schnellere Anpassung der qualifikationsorientierten Entlohnungsstrukturen in Ostdeutschland an das westdeutsche Muster könnte diesem Effekt entgegenwirken (vgl. dazu Bird/Schwarze/Wagner 1994). Auch die subjektive Bewertung der eigenen Leistungsfähigkeit, die Einschätzung der individuellen Lohn-/Leistungsgerechtigkeit, wirkt sich auf die Umzugsrealisierung aus: Das Gefühl, ungerecht entlohnt zu werden, fördert nicht nur die Herausbildung einer Umzugsabsicht, sondern auch die Neigung, eine Umzugsabsicht auch tatsächlich zu realisieren. Diese Ergebnisse belegen die starke Bedeutung des innerdeutschen Lohngefälles im Zusammenhang mit der Ost-West-Migration.

Bei den übrigen Merkmalen der Arbeitsplatzsituation zeigt sich ein differenziertes Bild. Kurzarbeiter setzen überdurch-

schnittlich oft eine zuvor geäußerte Umzugsabsicht um: Die Unsicherheit des Arbeitsplatzes in einer nichtprosperierenden Branche wirkt stark mobilisierend. Demgegenüber zeigen Arbeitslose, wie bereits bei der Äußerung der Umzugsabsicht, gegenüber Nichterwerbstätigen keine höhere Mobilität. Hier dürfte der durch die Jobsuche bedingte Veränderungsdruck zu einem großen Teil resignativ überlagert werden. Von sehr starkem Einfluß ist dagegen die explizite subjektive Einschätzung der Arbeitsplatzsicherheit. Waren Personen, die sich von Arbeitslosigkeit bedroht fühlten, im ersten Schritt nur knapp signifikant stärker geneigt, einen Umzug ins Auge zu fassen, so sind sie es nun, die eine einmal gefaßte Umzugsentscheidung mit Entschiedenheit in die Tat umsetzen. Auch hier ist der Unterschied zum Ergebnis, welches für bereits realisierte Arbeitslosigkeit ermittelt wurde, von Bedeutung: Die on-the-job-Suche nach einem Arbeitsplatz im Westen, die zwar durch den drohenden Arbeitsplatzverlust intensiv betrieben werden muß, aber noch nicht durch manifeste Arbeitslosigkeit resignativ geprägt ist, scheint die Umzugsrealisierung stark zu fördern.

Diejenigen Umzugswilligen, die sich in Ausbildung befinden, zeigen keine signifikant unterschiedlichen Umzugsquoten gegenüber Nichterwerbstätigen. Es ist zu vermuten, daß ein Umzug erst nach Beendigung der Ausbildung realisiert wird. Im gewählten Zwei-Jahres-Zeitraum, in dem Umzüge beobachtet werden, wird erst ein Teil der umzugsbereiten Auszubildenden einen Abschluß erworben haben, so daß ein eindeutiger Effekt ausbleibt.

Interessant ist die Feststellung, daß die Teilnahme an einer Fortbildung oder Umschulung die Umsetzung einer Umzugsabsicht in signifikanter Form schwächt. Sind FuU-Maßnahmen in Ostdeutschland zum Teil regionalpolitisch motiviert mit der Zielsetzung, die Arbeitskräfte zum Verbleib am ursprünglichen Wohnort zu motivieren, so wird zumindest dieses Teilziel erreicht. Je nach Dauer der Maßnahmen ist jedoch – analog dem Ergebnis für Auszubildende, s. o. – auch ein Verzögerungseffekt hinsichtlich einer Umzugsrealisierung denkbar.

Die günstigen Beschäftigungsperspektiven für Beschäftigte in neu gegründeten Betrieben reduzieren nicht nur die Umzugsneigung, sondern auch die Realisierungsbereitschaft einer zuvor geäußerten Migrationsabsicht. Es zeigt sich hier eine zeitlich fortschreitende Verbesserung der individuellen Beschäftigungssituation in diesen Bereichen, die dazu führt, bereits umzugswillige später von ihrer Absicht abzuhalten – ein arbeitsmarktpolitisch bedeutsames Ergebnis.

Ein wichtiges Resultat ergibt sich auch für das Migrationsverhalten von Pendlern. Diese sind nicht nur deutlich umzugswilliger, sondern setzen die Umzugsabsicht auch weit überdurchschnittlich oft in die Tat um. Zwar zeigen Auswertungen des ostdeutschen Arbeitsmarkt-Monitors, daß Pendeln in den Westen nur in wenigen Fällen als Vorstufe zu einer endgültigen Migration in den Westen beobachtet werden kann (vgl. Baecker/Bielinski 1993). Betrachtet man allerdings nicht allein die Gruppe der Pendler, sondern die Gesamtbevölkerung, so erweist sich Pendeln nach Westdeutschland jedoch eindeutig als wichtiger Indikator einer sich abschwächenden regionalen Bindung.

Auch bezüglich des sozialen Umfelds bzw. des Haushaltszusammenhangs umzugsbereiter Personen zeigen sich stark unterschiedliche Effekte hinsichtlich einer späteren Umzugsrealisierung. Das Zusammenleben mit einem Partner, welches zuvor stark hemmend auf die Entwicklung einer Umzugsabsicht wirkte, ist ohne signifikanten Effekt auf die

Umzugsrealisierung. Vermutlich überlagern sich hier zwei gegenläufige Effekte: Die durch das größere Erwerbspotential bedingte erwartete soziale Sicherheit und die Erwartung größerer Transaktionskosten bei Umzügen von Mehr-Personen-Haushalten. Interessant ist die Tatsache, daß nun in diesem zweiten Untersuchungsschritt eine Erwerbstätigkeit des Partners hemmend auf die Umzugsrealisierung wirkt: In diesem Fall fällt der Schritt in eine ungewissene Zukunft am westdeutschen Arbeitsmarkt offensichtlich deutlich schwerer als im Falle einer- wie dies in den meisten alternativen Situationen der Fall sein dürfte – Hausfrauentätigkeit der Partnerin. Demgegenüber wirkt sich ein Arbeitslosen-Status des Partners ebensowenig wie ein entsprechender Status der Befragungsperson selbst nicht signifikant auf die Umzugsrealisierung aus. Bereits eingetretene Arbeitslosigkeit fordert die Umzugsbereitschaft nach Westdeutschland somit weder bei persönlicher Betroffenheit noch bei Auftreten im Haushaltszusammenhang. Zwar gibt es – wie oben gezeigt – eine starke durch drohenden Arbeitsplatzverlust induzierte Abwanderungsneigung; die pessimistische Prognose von Schewe (1993), der eine Arbeitslosen-Wanderung von Ost- nach Westdeutschland erwartet, läßt sich mit den vorliegenden Ergebnissen jedoch nicht stützen.

Ein sehr starker „Pull“-Effekt geht wiederum von Verwandten im Westen aus: Diese fördern nicht nur eine Umzugsabsicht, sondern erhöhen die späteren Realisierungschancen in hohem Maße. Es ist zu vermuten, daß von West-Verwandten zumindest in der Anfangsphase eines Neubeginns eine wesentliche Starthilfe geboten wird; bemerkenswert ist die Feststellung, daß verwandtschaftliche Beziehungen auch bei sehr langer räumlicher Trennung nicht wesentlich an ihrer Intensität einbüßen. Ein gleichgerichteter Effekt ergibt sich bei engeren freundschaftlichen Beziehungen in den Westen; der Effekt ist jedoch sowohl in Höhe als auch Signifikanz deutlich schwächer ausgeprägt.

Interessant ist der im Gegensatz zur Absichtserklärung ausbleibende Effekt der Höhe des Haushaltseinkommens und der Frage nach Wohnungseigentum auf die Realisierung einer Umzugsabsicht. Offensichtlich gibt es eine nennenswerte Zahl von Umzugswilligen, die eine schwächere Kapitalausstattung mit einer umso intensiveren Neigung, eine Umzugsabsicht um jeden Preis – vielleicht gerade deswegen, weil der „goldene“ Westen bessere Einkommenserwartungen verspricht – realisieren zu wollen, kompensieren. Bei Grundbesitzern besteht zwar eine günstigere finanzielle Ausgangsbasis für einen Umzug, da der Erlös des Wohnungseigentums eine materielle Sicherheit für den Neuanfang bietet. Gleichzeitig wirkt jedoch entgegengesetzt die generell geringere Mobilität von Hausbesitzern einer Umzugsrealisierung entgegen; eine Tendenz, die sich bei der derzeitigen Schwäche am ostdeutschen Immobilienmarkt noch verstärken dürfte.

5 Schlußfolgerungen

Im ost-westdeutschen Migrationsverhalten zeigt sich ein starker Zusammenhang zwischen erklärter Umzugsabsicht und tatsächlicher Umzugsrealisierung. „Spontane“, das heißt in einer früheren Befragung nicht per Absichtserklärung angekündigte Umzüge von Ost- nach Westdeutschland sind kaum zu beobachten. Die Tatsache, daß spätere Umzüge offenkundig längerfristig geplant werden und daß diese tendenzielle Umzugsabsicht einem Interviewer als außenstehender Drittperson auch tatsächlich mitgeteilt wird, eröffnet interessante politikrelevante Möglichkeiten in bezug auf Migrationsprognosen und politischer Einwirkung auf das Migra-

tionsverhalten bestimmter Zielgruppen. Besonders bemerkenswert erscheint die Tatsache, daß eine Vielzahl von Faktoren benannt werden konnte, die bereits die Umzugsabsicht stark beeinflussen. Dies mag vor dem Hintergrund, daß die Frage nach einer späteren Umzugsabsicht sehr allgemein gestellt wurde und dem daraus resultierenden sehr großen „Umzugspotential“ in Ostdeutschland, überraschen. Aus dem Wissen, daß sich spätere Migranten nahezu ausschließlich aus diesem Umzugspotential rekrutieren, und den Informationen darüber, welche der potentiell umzugswilligen Personen ihre Absicht später tatsächlich realisieren, lassen sich Wanderungsbewegungen bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt abschätzen und – falls überhaupt gewollt – durch geeignete politische Maßnahmen beeinflussen.

Die starke Abwanderung von hoch qualifizierten Erwerbspersonen könnte sich längerfristig nachteilig auf den Standort Ostdeutschland auswirken. Allerdings ist dieses Ergebnis vor dem Hintergrund zu bewerten, daß besser qualifizierte generell eine stärkere regionale Mobilitätsneigung aufweisen als weniger gut ausgebildete Personen. Bezüglich des Einflusses der individuellen Arbeitsmarktsituation ist bemerkenswert, daß die beruflichen Erwartungen bzw. die subjektive Arbeitsplatzbewertung das tatsächliche Migrationsverhalten deutlich stärker beeinflussen als die objektiv feststellbare Situation am Arbeitsplatz. Eine ausgeprägte Ost-West-Wanderung von Arbeitslosen ist nicht zu erwarten. Hingegen erzeugt die Unsicherheit am ostdeutschen Arbeitsmarkt eine starke Abwanderungstendenz, die sich hauptsächlich in der Migrationsentscheidung von Personen manifestiert, die sich mittelbar (im Status der Kurzarbeit) oder unmittelbar von Arbeitslosigkeit bedroht sehen. Vor diesem Hintergrund erscheint die Feststellung bedeutsam, daß Personen in Fortbildung und Umschulung tendenziell immobil sind. FuU-Maßnahmen sind somit hinsichtlich ihrer – unterstellten – regionalpolitischen Teilzielsetzung effizient: Die Teilnehmer sind für Dauer der Maßnahme regional gebunden und können in diesem Zeitraum berufliche Perspektiven an ihrem angestammten Wohnort entwickeln.

Von großer Bedeutung erscheint die starke Abwanderungstendenz von Pendlern. Da Pendeln für eine nennenswerte Anzahl von Personen – wie gezeigt – eine Vorstufe der Migration darstellt, zeigen sich die Entwicklungsrelationen zwischen abnehmender Migration und starkem Anwachsen des Pendlerstroms in einem völlig neuem Licht. Bedeutsam erscheint auch das Ergebnis, daß Beschäftigte in neu gegründeten Betrieben eine unterdurchschnittliche Migrationsneigung entwickeln; hier zumindest zeigt sich ein wichtiger Effekt des „Aufschwungs Ost“.

Abschließend soll darauf hingewiesen werden, daß es eine unzulässige Verkürzung der Betrachtung wäre, nur die tatsächlich realisierten Migrationsbewegungen als relevant einzustufen. In dieser Studie wurde die (eventuelle) Umsetzung einer zuvor geäußerten Absichtserklärung nur über einen Zwei-Jahres-Zeitraum hinweg verfolgt. Es ist nicht auszuschließen, daß einzelne Personengruppen einen längeren Vorlauf zur Umsetzung ihrer Migrationsabsicht benötigen. Vor diesem Hintergrund bleibt die stark überproportionale Vertretung von jüngeren Personen, von Arbeitnehmern, die sich als ungerecht entlohnt betrachten, sowie von Personen in ökologisch stark belasteten Regionen in der Gruppe der Umzugswilligen eine akute arbeitsmarktpolitische Herausforderung. Gelingt es auf absehbare Zeit nicht, diesen Bevölkerungsgruppen durch geeignete politische Entscheidungen längerfristige Perspektiven vor Ort aufzuzeigen, so ist in Zukunft mit systematischen

Abwanderungen aus den neuen Bundesländern zu rechnen, die zu starken arbeitsmarktstrukturellen Problemen in Ostdeutschland führen könnten.

Anhang: Dokumentation der Modellvariablen

Tabelle 3: Mittelwerte der Modellvariablen

Kovariaten ¹	Absicht	Realisierung
Männer	0,478	0,524
Alter	43,147	37,137
Älter als 55 Jahre	0,246	0,095
Mit gesundheitlicher Einschränkung ²	0,304	0,232
Anzahl Schul-/Berufsbildungsjahre ³	11,423	11,998
Subjektiv ungerechte Entlohnung ⁴	0,421	0,493
Vollzeitbeschäftigt	0,524	0,575
In Kurzarbeit	0,133	0,033
Arbeitslos	0,097	0,150
Von Arbeitslosigkeit bedroht ⁵	0,303	0,192
In Ausbildung	0,057	0,078
In Fortbildung	0,036	0,068
Betriebszugehörigkeitsdauer (J.)	9,021	6,943
Im öffentlichen Dienst	0,215	0,207
In neu gegründetem Betrieb	0,030	0,097
Pendler nach Westdeutschland	0,030	0,055
Mit Partner zusammenlebend ⁶	0,746	0,656
Partner erwerbstätig	0,396	0,429
Partner arbeitslos	0,076	0,107
Kinder unter 6 Jahre im Haushalt	0,181	0,189
Ältere Kinder bis 16 J. im Haushalt	0,369	0,444
Verwandte in Westdeutschland ⁷	0,268	0,245
Freunde in Westdeutschland ⁸	0,150	0,178
Haushaltseinkommen pro Kopf (DMx100) ⁹	7,576	9,312
Wohnungseigentümer ¹⁰	0,327	0,198
Dorf-, Kleinstadtbewohner ¹¹	0,523	0,364
Großstadtbewohner	0,223	0,232
Unzufrieden mit Umweltsituation ¹²	0,298	0,278

N: 3,904

¹ Generierungszeitpunkte: Modell 1: 1991 (Ausn. s. unten), Modell 2: 1991 bzw. 1992 (je nach Zeitpunkt des Umzugs; vgl. Abschnitt 3).

² Operationalisiert über die Frage: „Leiden Sie seit mindestens einem Jahr oder chronisch an bestimmten Beschwerden oder Kankheiten?“ (ja/nein).

³ Operationalisiert über die institutionell vorgesehenen Ausbildungsjahre des erfragten Schul-/Berufsbildungsabschlusses. Berufliche Mehrfachausbildungen werden kumuliert erfaßt.

⁴ Befragung 1990: „Halten Sie Ihr Einkommen, gemessen an Ihrer Arbeitsleistung, eher für gerecht oder für ungerecht?“.

⁵ Operationalisiert über die Frage: „Wie wahrscheinlich ist es innerhalb der nächsten zwei Jahre, daß Sie Ihren Arbeitsplatz verlieren?“ (Antworten: „ganz sicher“ oder „wahrscheinlich“ = Arbeitsplatz durch Arbeitslosigkeit bedroht).

⁶ Verheiratet, zusammenlebend oder mit festem Partner im Haushalt zusammenwohnend: Partner = ja.

⁷ Ja: nur falls Kontakt zur engsten Kontaktperson = „sehr eng“ oder „eng“.

⁸ Codierung wie bei „Verwandten“.

⁹ monatlich, netto - nach Steuern und Sozialabgaben - (dividiert durch Gesamtzahl der Haushaltsmitglieder).

¹⁰ Operationalisiert über die Bewohnerstatus der Wohnung; Antwort Haushaltsvorstand: „Bewohne die Wohnung als Eigentümer“.

¹¹ Dorf/Kleinstadt: bis 10 000 Einwohner; Großstadt: über 200 000 Einwohner).

¹² Originalfrage mit ordinalen Ausprägungen von 0 bis 10; „unzufrieden“: Antworten 0 bis 2.

Literatur

- Amemiya, Takeshi (1981): Qualitative Response Models: A Survey. In: Journal of Economic Literature, Vol. 18, S. 1483 – 1536
- Autorengemeinschaft (1992): Der Arbeitsmarkt 1992 und 1993 in der Bundesrepublik Deutschland. In: MittAB 4, S. 457-482
- Baecker, Simone / Bielinski, Harald (1993): West-Pendeln im Zeitverlauf – vertiefende Längsschnittanalysen. In: Arbeiten im Westen – Wohnen im Osten – Ergebnisse des Arbeitsmarkt-Monitors. IAB Werkstattbericht Nr. 318, S. 12-18
- Bird, Edward J. / Schwarze, Johannes / Wagner, Gert (1994): Wage Effects of the Move Toward Free Markets in East Germany. In: Industrial and Labor Relations Review, Vol. 47, S. 390-400
- Blaschke, Dieter (1990): Aussiedler und Übersiedler auf dem bundesdeutschen Arbeitsmarkt. In: Wirtschaftsdienst. Heft 5, S. 256-263
- Böltken, Ferdinand (1991): Umzugsabsichten in den alten und neuen Ländern – Ausmaß und Hintergründe der Bereitschaft zu räumlicher Mobilität. In: Projektgruppe „Das Sozio-ökonomische Panel“ (Hg.), Lebenslagen im Wandel: Basisdaten und -analysen zur Entwicklung in den Neuen Bundesländern. Frankfurt/M. und New York, S. 318-331
- Bosch, Gerhard / Knuth, Matthias (1993): The labour market in East Germany. In: Cambridge Journal of Economics, Vol. 17, S. 295-308
- Büchel, Felix / Pannenberg, Markus (1992): „Neue Selbständige“ in Ostdeutschland. Statusentscheidung, Realisierungschancen und materielle Zufriedenheit. In: MittAB 4, S. 544-552
- Burda, Michael C. (1993): The determinants of East-West German migration. Some first results. In: European Economic Review, Vol. 37, S. 452-461
- Delbrück, Christopher / Raffelhüschen, Bernd (1993): Die Theorie der Migration. In: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik. Vol. 212, S. 341-356
- Dietz, Frido / Gommlich, Heinz / Karr, Werner (1992): Ostdeutsche Arbeitnehmer in Westdeutschland. In: MittAB 4, S. 499-518
- Frick, Joachim (1993): Demographische Ereignisse im Haushaltskontext als Determinanten räumlicher Mobilität. DIW-Diskussionspapier Nr. 363, Berlin
- Hallett, A. J. Hughes / Ma, Yue (1993): East Germany, West Germany, and their Mezzogiorno Problem: A Parable for European Economic Integration. In: The Economic Journal, Vol. 103, S. 416 – 428
- Helberger, Christof / Rendtel, Ulrich / Schwarze, Johannes (1994): Labour Market Entry of Young People Analysed by a Double Threshold Model. In: Schwarze, Johannes, Buttler, Friedrich und Wagner, Gert G. (Hg.), Labour Market Dynamics in Present Day Germany. Frankfurt a.M. und New York/Boulder, Col., S. 142 - 164
- Hsiao, Ch. (1986): Analysis of Panel Data. Cambridge
- Keil, Manfred und Newell, Andrew (1993): Internal Migration and Unemployment in Germany: An Anglo-Irish Perspective. In: Weltwirtschaftliches Archiv, Vol. 129, S. 514 – 536
- Koller, Martin / Jung-Hammon, Thomas (1993): Regionale und sektorale Schwerpunkte des Arbeitsplatzabbaus in Ostdeutschland. In: MittAB I, S. 7-27
- Scheremet, Wolfgang und Schupp, Jürgen (1991): Pendler und Migranten – Zur Arbeitskräftemobilität in Ostdeutschland. DIW-Diskussionspapier Nr.336. Berlin.
- Schewe, Dieter (1992): Die Zuwanderungen aus Ost-/Südosteuropa nach Deutschland – Stand und künftige Möglichkeiten. In: Sozialer Fortschritt, Heft 11, S. 251-256
- Schupp, Jürgen / Wagner, Gert (1991): Die Ost-Stichprobe des Sozio-ökonomischen Panels – Konzept und Durchführung der „SOEP-Basiserhebung“ in der DDR. In: Projektgruppe „Das Sozioökonomische Panel“ (Hg.), Lebenslagen im Wandel: Basis-

- daten und -analysen zur Entwicklung in den neuen Bundesländern. Frankfurt/M. und New York, S. 25-41
- Schwarze, Johannes (1993): Qualifikation, Überqualifikation und Phasen des Transformationsprozesses. Die Entwicklung der Lohnstruktur in den neuen Bundesländern. In: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Vol. 211, 8. 90-107
- Schwarze, Johannes / Büchel, Felix (1994): Wanderungen von Ost nach Westdeutschland. In: DIW-Wochenbericht, Vol. 61, S. 128 - 132
- Schwarze, Johannes / Wagner, Gert (1992): Abwanderung von Arbeitskräften und Einkommenspolitik in Ostdeutschland. In: DIW-Wochenbericht, Vol. 59, S. 58-61
- Straubhaar, Thomas (1988): On the Economics of International Labor Migration. Bern und Stuttgart
- Wagner, Gert (1992): Arbeitslosigkeit, Abwanderung und Pendeln von Arbeitskräften der neuen Bundesländer. In: Sozialer Fortschritt. Heft 4, S. 84-89
- Weißhuhn, Gernot / Büchel, Felix (1992): Betriebswechsel, räumliche Mobilität und Verdienstentwicklung – Eine Longitudinalanalyse sozialversicherungspflichtig Beschäftigter in den Perioden 1977- 1979 und 1982- 1984. In: Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung Hannover, Band 189, S. 168-199